



"Unzensuriert" beschwert sich bei Medienbehörde wegen 70 bis 90 Millionen Staatszuschuss an ORF

ORF: Argumente bekannt. Mit Umstieg auf ORF-Beitrag wurde 2024 Umsatzsteuer auf Haushaltsabgabe gestrichen. Republik gilt dem ORF seither Entfall von Vorsteuerabzug ab

Harald Fidler

12. Februar 2026, 16:18

57 Postings Später lesen

Das FPÖ-nahe Medium *Unzensuriert.at* hat bei der Medienbehörde KommAustria eine Beschwerde über bis zu 90 Millionen Euro jährlichen Staatszuschuss an den ORF eingebracht. Davon berichtet der von der FPÖ in den ORF-Stiftungsrat entsandte Anwalt und Rechtsprofessor Christoph Urtz dem STANDARD am Donnerstag. Aus seiner Sicht könnte das Verfahren eine neue Dynamik in EU-Beschwerden gegen den ORF-Beitrag bringen.

Die Argumente seien bekannt und seit 2023 bei der EU-Kommission deponiert, kommentierte ein ORF-Sprecher die Beschwerde. Bisher sei kein förmliches Beihilfenverfahren eingeleitet. Zudem sehe der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts die neue Finanzierung als mit EU-Recht vereinbar.



GEWINNSPIEL

Ein Neuanfang, der sich leicht anfühlt

WERBUNG

[https://ad1.adfarm1.adition.com/redi?lid=7606360525456868561&gdpr=1&gdpr_consent=CQeOVkAQeOVkAAGABCENCMFgAP_gAAAAAACYI5pR5CpUTWIAKDJ1QIsEeIQW19AjAEgAAABAiABAAAAAIQCoWEgIAQABAACAIAIAABAABEGAAA BEAAAAAACCAACAAAAIICBAAAMBAAAAAgJEAEEAAIgAAIAAQakAgACEKEAFAAQIAAAgAAgAAAAAABAAMABAgQBAAAAAAGABAAAAA AAAIgAAAMIQCAAFgBiADeAH4AigBigEegPHIABAAoAEcAZ4BG8pAcAAWABUADgAIAAaABMADEAH6AQwBEgCOAFaA

MoAaMA_AD9AItARoBJQDFAHEARfAjo
 CRAFTdGLYAXnAywDLgGsgPFAeOBBMoA
 KAAuACQAGQAUAtgBoAI4AmIBkIDPC
 UA8ABYAHAAmABigEMARIAjgBWgD8A
 MUAcQBF8CPQJEAUeAtgBeZIAQABcAEg
 AKgCOAJiAX-
 AywBngSBAAAsACoAFwAOAAeABAAC-
 AGQAaABMADeAH4AQkAhgCJAEcAJoa
 VoAyoB-
 AH6ARQAJUBigElAMUAcSBHoEiAKHAU
 eAtgBeYDLgGsgPHAgmEACgAkAI4ATQB
 f4DIRoBoABYAFQAOAAgABfADIANAAm
 ABiADeAH6AQwBEgCOAEoAKoAZQAoY
 B-
 AH7ARQBFoCOgJKAYoA4gCL4EegSIAoc
 BR4C2AF5wMsAy4B444AWABcAEgAUA
 AoAEIAl4ATQBMQC_wGQgRvLQAwCOA
 KHAEOWABgI9ATEAyEAA.YAAAAAAAAA
 AAA&userid=7460644259462515723&sid=
 4429754&kid=8002519&bid=24720775&c=
 13682&keyword=&clickurl=]

Die Behörde bestätigte auf STANDARD-Anfrage, die Beschwerde liege ihr seit Mittwoch vor.



Nächster freiheitlicher Angriff auf den ORF und seinen Beitrag: "Unzensuriert.at" brachte eine Beschwerde bei der Medienbehörde ein.

Foto: APA/ROLAND SCHLAGER

Worum geht es? Mit dem Umstieg von der GIS auf die Haushaltsabgabe wurde die bis dahin auf die GIS eingehobene Umsatzsteuer auf die Haushaltsabgabe gestrichen. Damit entfiel für den ORF die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs – und nach damaligen Angaben ein wirtschaftlicher Nachteil von rund 90 Millionen Euro im ersten Jahr nach der Umstellung und rund 70 Millionen in den folgenden Jahren. Diese 70 bis 90 Millionen gilt die Republik Österreich dem ORF aus dem Staatsbudget ab. Dagegen wendet sich nun die Beschwerde.

"Hausgemacht"

Jurist und ORF-Stiftungsrat Urtz vertritt seit Längerem die Rechtsposition, dass die Umsatzsteuer auch weiterhin auf die Haushaltsabgabe eingehoben werden könnte, das Problem also "hausgemacht sei". Die jährliche Kompensation für den Entfall des Vorsteuerabzugs sei also eine verbotene Beihilfe, die nicht von der EU genehmigt, also notifiziert worden sei. "Mit dieser Beschwerde will *Unzensuriert.at* unter anderem erreichen, dass die rechtswidrigen Zahlungen an den ORF sofort gestoppt werden", erklärt Urtz. Das Portal habe beantragt, die Zahlungen an den ORF zu stoppen.

Urtz erklärt weiter, dass auch die Haushaltsabgabe selbst eine verbotene Beihilfe sein könne. Die Mehreinnahmen des ORF einschließlich der staatlichen Kompensation für den Vorsteuerentfall betragen mehr als 20 Prozent, und ab diesem Punkt müssten Änderungen jedenfalls von der EU-Kommission geprüft werden.

Beschwerden gegen ORF-Beitrag

Urtz erwartet nach eigenen Angaben durch die Beschwerde eine neue Dynamik für eine Wettbewerbsbeschwerde des Zeitungsverbandes VÖZ bei der EU-Kommission, die gleich nach dem Beschluss im Frühsommer 2023 erhoben wurde. Auch der Privatsenderverband VÖP hat eine Beschwerde gegen den ORF-Beitrag in Brüssel deponiert.

Auf STANDARD-Anfrage erklärt Urtz, er habe die sogenannte Konkurrentenbeschwerde von *Unzensuriert.at* weder ausgearbeitet noch dabei beraten.

Bisher kein förmliches Beihilfeverfahren

"Die Argumente sind bereits aus Beschwerden von Mitbewerbern beziehungsweise Verlegern im Zuge der Erlassung des ORF-Gesetz-Novelle im Jahr 2023 bestens bekannt", erklärt ein ORF-Sprecher zur Beschwerde: "Bereits damals wurde argumentiert, die EU-Kommission müsse den geplanten ORF-Beitrag und einen zusätzlichen Bundeszuschuss als grundlegend geänderte staatliche Beihilfe prüfen. Bis jetzt hat die Kommission aber kein förmliches Beihilfeverfahren eingeleitet. "

Der Sprecher verweist auf eine Stellungnahme des Medienministeriums zu den EU-Beschwerden 2023 dieses Wortlauts: "Wir sehen der Beschwerde sehr gelassen entgegen. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes ist in engem Austausch mit der EU-Kommission, die auch über alle Schritte informiert ist. Die neue Finanzierung des ORF ist aus Sicht des Verfassungsdienstes aus mehreren Gründen jedenfalls mit dem Beihilfenrecht der EU vereinbar".

(Harald Fidler, 12.2.2026)

Stellungnahme ORF nach Erscheinen ergänzt.

Mehr zum Thema

[ORF-Beitrag verstößt nicht gegen Verfassung \[http://www.derstandard.at/story/3000000277500/orf-beitrag-verstoest-nicht-gegen-verfassung\]](http://www.derstandard.at/story/3000000277500/orf-beitrag-verstoest-nicht-gegen-verfassung)

[Bei der ORF-Wahl geht es um Österreichs milliardenschweren Medienriesen](http://www.derstandard.at/story/3000000304292/bei-der-orf-wahl-geht-es-um-oesterreichs-milliardenschweren-medienriesen)

[<http://www.derstandard.at/story/3000000304292/bei-der-orf-wahl-geht-es-um-oesterreichs-milliardenschweren-medienriesen>]

Rechnungshof prüft ORF – Fokus: Personaleinsatz [<http://www.derstandard.at/story/3000000306478/rechnungshof-prueft-orf-fokus-personaleinsatz>]

Wie finden Sie den Artikel? 5 Reaktionen

2 

2 informativ

hilfreich

berührend

1 unterhaltsam

Guter Journalismus macht einen Unterschied. Ihr Beitrag auch.



Die Überzeugung, dass guter Journalismus einen Unterschied macht – **das verbindet mich mit dem STANDARD**. Die Offenheit, die Neugier und der Mut zur inhaltlichen Auseinandersetzung, die ich hier täglich erlebe, sind nicht selbstverständlich. Genauso wenig wie die Demokratie, wie wir täglich vorgeführt bekommen.

DER STANDARD steht für Unabhängigkeit, Vielfalt und **den Willen, Vorgänge verständlich zu machen, ohne sie zu vereinfachen**. Gerade deshalb braucht es den STANDARD – als verlässliche Stimme, die einordnet, hinterfragt und dabei viel Wert aufs Zuhören legt: Unsere Community schafft Raum für unterschiedliche Perspektiven.

Unterstützen Sie den STANDARD! Für Vielfalt, Unabhängigkeit und Einordnung.

Jetzt unterstützen 

Wie retten wir die Welt?

Wie retten wir die Welt?
DER STANDARD

39:20

ansehen auf

DER STANDARD

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2026

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.